Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft
Sitzung am 03.12.2007

Drucksache Nr. 134/2007 öffentlich

Beratung des Haushaltsplanes 2008

Anlagen: 1
Gäste: keine

Sachverhalt:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 5. November 2007 den Haushaltsentwurf für 2008 zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

Die Eckdaten des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2008 in der Übersicht:

	Haushalt 2008	**Vergleichswert 2007**
Haushaltsvolumen insgesamt	220.607.000 €	204.598.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	193.720.000 €	183.258.000 €
davon Vermögenshaushalt	26.887.000 €	21.340.000 €
Kreisumlagehebesatz	33,80%	34,80%
Kreisumlage in EURO	65.535.000 €	59.276.000 €
Zuführung vom VwH an den VmH	14.798.000 €	6.465.500 €
Darlehenstilgung	2.739.900 €	2.851.200 €
Nettoinvestitionsrate	12.058.100 €	3.614.300 €
Kreditaufnahmen	1.982.000 €	5.440.100 €
Nettokreditaufnahme	-757.900 €	2.588.900 €
Planmäßiger Schuldenstand zum 31.12.	46.452.000 €	47.210.000 €

Die Beratung im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft erstreckt sich nach den Regelungen der Hauptsatzung auf die folgenden Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte (UA):

Einzelplan 0	**Allgemeine Verwaltung** **Seite 228 bis Seite 270**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	13.000	4.000
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	11.018.850	11.512.150
Sonstige Finanzeinnahmen	190.200	185.300
Gesamteinnahmen	**11.222.050**	**11.701.450**
Personalausgaben	4.683.800	4.560.600
Sach- und Betriebsaufwand	6.784.750	7.387.150
Zuweisungen und Zuschüsse	30.000	30.000
Gesamtausgaben	**11.498.550**	**11.977.750**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 276.500**	**- 276.300**

Personalausgaben der Verwaltung

In den Einzelplänen 0 und 1 stellen die Personalausgaben den größten Ausgabenblock dar. Deswegen erfolgen an dieser Stelle einige allgemeine Erläuterungen hierzu.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis betreibt nach wie vor eine äußerst sparsame und restriktive Personalpolitik. Dies haben in der Vergangenheit Personalausgabenvergleiche belegt, die von verschiedenen Institutionen angestellt wurden. Nach den vom Landkreistag in früheren Jahren durchgeführten Haushaltsvergleichen lag der Schwarzwald-Baar-Kreis jeweils in der Spitzengruppe der Landkreise Baden-Württembergs mit den günstigsten Personalkosten. Leider mussten diese Personalkostenvergleiche nach der Verwaltungsreform aufgegeben werden, weil eine Vergleichbarkeit nicht mehr ohne unverhältnismäßigen Aufwand herstellbar war. Die aktuellste Bestätigung unterdurchschnittlicher Personalausgaben stammt aus dem Ergebnis einer im Jahr 2007 durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt.

Bei der Berechnung des Gesamtansatzes für die Personalausgaben 2008 haben wir bei den Beschäftigten eine Tarifsteigerung von 2,9 %, bei den Beamten eine Besoldungserhöhung zum 01.01.2008 von 1,5 % und einen unterjährigen Anstieg von 1,4 % berücksichtigt. Außerdem mussten Mehrausgaben für die gestiegenen Beiträge zur Zusatzversorgungskasse und für strukturelle Änderungen (tarifliche Höhergruppierungen) einkalkuliert werden. Auf der anderen Seite gehen die Sozialversi-

cherungsbeiträge leicht zurück. Die Verwaltung hat sich bei der Veranschlagung der Personalkosten für 2008 weitere Einsparungen selbst auferlegt. Zusammen mit den ganzjährigen Auswirkungen von Sparmaßnahmen im laufenden Jahr 2007 ergibt sich eine Gesamteinsparung von 490.000 €. Nur dadurch war es möglich, einen wesentlich stärkeren Anstieg der Personalausgaben zu vermeiden. Im Ergebnis steigen die Personalausgaben dadurch lediglich um 200.000 €. Damit wird deutlich, dass die Verwaltung weiterhin um Sparsamkeit bemüht ist.

Die nicht kommunalisierten Landesbediensteten entlasten zwar die Personalausgaben, nicht aber den Kreishaushalt. Anstelle von Personalkosten müssen Kostenerstattungen an das Land bezahlt werden.

Die Berechnung der Gesamtpersonalkosten im Haushalt 2008 ist im Detail auf den Seiten 29 und 30 des Haushaltsvorberichts erläutert.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppen 50 bis 66 bei allen Ämtern)

Im Haushaltsentwurf 2008 umfassen die Gesamtausgaben der Hauptgruppen 5 und 6 rd. 68,8 Mio. € (Vorjahr: 66,9 Mio. €). Davon entfallen mehr als 35,2 Mio. € auf die Gruppierungen 67 und 68, die hauptsächlich Kostenerstattungen (z. B. für den Jugendhilfeaufwand der Stadt VS), Interne Leistungsverrechnungen und Kalkulatorische Kosten (Kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen) umfassen, bei denen nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten bzw. keine finanziellen Einsparmöglichkeiten bestehen.

Im Haushaltsentwurf 2008 ist der eigentliche Sach- und Betriebsaufwand in den Hauptgruppen 50 bis 66 mit rd. 33,3 Mio. € ausgewiesen. Das sind 0,5 Mio. € weniger als im Haushalt 2007. Dieser Rückgang ist vornehmlich auf die wegfallenden Renovierungskosten des Verwaltungsgebäudes Humboldtstraße in Donaueschingen, die in 2007 noch mit 400.000 € veranschlagt waren, zurückzuführen.

Aus der CDU-Fraktion wurde bei der letzten Haushaltsberatung der Wunsch geäußert, die Bewirtschaftungskosten vor und nach Bezug des Gebäudes Humboldtstraße gegenüberzustellen. Aus der nachfolgenden Übersicht wird deutlich, dass die

Bewirtschaftungskosten durch den Bezug des Gebäudes um rund 39.000 € oder 20 % niedriger veranschlagt werden konnten. Diese Ansätze sind allerdings nicht durch Abrechnungsdaten unterlegt, weil solche dadurch, dass wir erst im Laufe dieses Jahres eingezogen sind, noch nicht vorliegen.

Kostenblöcke	**Irmastraße u. Frankenstraße** Ergebnis 2006	**Humboldtstr.** Ansatz 2008	**Differenz**
Heizkosten	45.300 €	25.000 €	-20.300 €
Strombezug	24.900 €	22.000 €	-2.900 €
Reinigung	80.300 €	53.400 €	-26.900 €
Hausmeister	25.900 €	40.000 €	14.100 €
Ab-/Wasser	3.400 €	3.000 €	-400 €
Sonstige Kosten	12.800 €	10.000 €	-2.800 €
Gesamt	**192.600 €**	**153.400 €**	**-39.200 €**

Kreisrat Schurr hat die Verwaltung um eine Aufstellung gebeten, in welchen Bereichen Gegenstände geleast wurden. Eine Übersicht zu den einzelnen Leasingverträgen ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

Die wichtigsten Kostenfaktoren der Hauptgruppen 50 bis 66 sind im Vorbericht auf den Seiten 33 bis 36 erläutert.

Verwaltungsreform

Das Verwaltungsreformgesetz (VRG) vom 01. Juli 2004 brachte für die Landkreise die größten Änderungen seit der Kreisreform. Umfangreiche Aufgaben wurden durch dieses Gesetz auf die Landkreise delegiert. Im Rahmen der Verwaltungsreform gingen etwa 280 Mitarbeiter (ohne höheren Dienst) auf den Schwarzwald-Baar-Kreis über.

Die Abgeltung der durch die Verwaltungsreform entstehenden Kosten wird entsprechend dem VRG im Rahmen des Finanzausgleichs vorgenommen. Die Aufwendungen werden den Landkreisen vom Land nach Abzug einer so genannten Effizienzrendite erstattet. Insgesamt sollen durch die Reform über sieben Jahre 20 % der Kosten der einzugliedernden Behörden eingespart werden. Im Jahr 2008 und in den drei folgenden Jahren wird die Erstattung des Landes jeweils um 3 % gekürzt.

Die Einhaltung der Effizienzrendite kann nicht aus dem Haushaltsplan abgeleitet werden. Die Aufwendungen der Reform zeigen sich nicht nur in den Unterabschnitten der einzugliedernden Ämter, sondern sind auch in den Unterabschnitten der Querschnittsbereiche (Hauptamt mit EDV und Kämmerei) enthalten. Außerdem wurden kleinere Bereiche in bestehende Ämter integriert und sind deshalb in deren Ansätze enthalten.

Die Verwaltung führt den Nachweis über das Erreichen der Effizienzrendite in einer Nebenrechnung für die einzelnen eingegliederten Bereichen und insgesamt. Dieser Nachweis wird sowohl bei der Planung als auch nach dem Ende des Rechnungsjahres im Rechenschaftsbericht geführt. Der Vergleichsring „Kommunales Rechnungswesen“, in dem unter der Regie des Landkreistages alle Landkreise in Baden-Württemberg vertreten sind, hat genaue Regeln für die Führung dieses Nachweises erstellt, nach denen auch wir verfahren werden. Dadurch wird erreicht, dass alle Landkreise den Nachweis nach denselben Kriterien führen und somit eine Vergleichbarkeit gegeben ist. Erfasst wird in dieser Nebenrechnung der verwaltungsreformbedingte Mehraufwand.

Die Verwaltung hat im Vorbericht auf Seite 32 die geplanten Kosten und Erlöse der eingegliederten Sonderbehörden für das Jahr 2008 gegenübergestellt und eine Effizienzrendite von 2,62 % errechnet. Die für 2008 vorgegebene Effizienzrendite von 3 % konnte damit erstmals nicht ganz erreicht werden. Gemäß dieser Planung stehen wir nach den ersten 4 Jahren der Verwaltungsreform bei einer kumulierten Effizienzrendite von 10,62 % (Soll 11 %). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Effizienzrendite in den Jahren 2005 bis 2007 deutlich übertroffen wurde und die übersteigenden Beträge der Jahre 2005 bis 2007 in Höhe von 993.000 € dem Kreishaushalt zugute kamen. Die Verwaltung wird sich bemühen, den relativ geringen Fehlbetrag im Laufe des Haushaltsjahres zu neutralisieren.

Interne Leistungsverrechnung

Die Steuerungs- und Serviceleistungen des Landratsamtes werden den Produktbereichen im Rahmen der Internen Leistungsverrechnung (ILV) nach verursachungsgerechten Parametern vollständig belastet. Die Auswirkungen zeigen sich zunächst im Einzelplan 0, bei dem fast alle Unterabschnitte mit dem Saldo 0 abschließen, weil ihr zunächst vorhandener Nettoaufwand durch Einnahmen aus der ILV ausgeglichen

wird. Auf der anderen Seite steigen die Ausgabeansätze bei den Verursachern entsprechend. Per Saldo gestaltet sich die gesamte Interne Leistungsverrechnung haushaltsneutral.

Zu weiteren Erläuterungen zu diesem Thema verweisen wir auf die Seite 36 im Vorbericht zum Haushaltsplan. Die Zusammensetzung der ILV geht aus den Seiten 96 bis 107 hervor.

Abschnitt 11 (ohne die Unterabschnitte 1130 und 1150)	**Öffentliche Ordnung** **Seite 271 bis Seite 279**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	3.645.000	3.520.000
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	14.350	14.350
Gesamteinnahmen	**3.659.350**	**3.534.350**
Personalausgaben	2.420.300	2.319.700
Sach- und Betriebsaufwand	1.867.100	1.837.500
Gesamtausgaben	**4.287.400**	**4.157.200**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 628.050**	**- 622.850**

Hier heben sich Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben auf. Bei den Einnahmen aus Steuer und Allgemeinen Zuweisungen sind vor allem die veranschlagten Mehreinnahmen beim Straßenverkehrsamt in Höhe von 125.000 € zu erwähnen. Dies ist einerseits auf leichte Fallzahlensteigerungen im Bereich der Zulassungs- und der Führerscheinstelle, zum anderen auf eine zusätzliche Gebühr für die Ausstellung von neuen Fahrzeugpapieren zurückzuführen.

Aus dem Versorgungsamt (Unterabschnitt 4010) wird das Sachgebiet Soziales Entschädigungsrecht ab dem Haushaltsjahr 2008 herausgelöst, dem Ordnungsamt zugeordnet und im neu gebildeten Unterabschnitt 1101 mit einem Personal- und Sachaufwand von rund 166.000 € ausgewiesen.

Abschnitt 79	**Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr Seite 436 bis Seite 441**	
	2008 €	**2007 €**
Einnahmen aus Verw. und Betrieb	9.606.300	9.486.000
Gesamteinnahmen	**9.606.300**	**9.486.000**
Personalausgaben	359.700	292.500
Sach- und Betriebsaufwand	7.629.900	7.544.400
Zuweisungen und Zuschüsse	3.391.350	3.216.750
Gesamtausgaben	**11.380.950**	**11.053.650**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.774.650**	**-1.567.650**

Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr, Unterabschnitt 7910, S. 437

Im Januar 2007 hat sich der Kreistag in einer Klausurtagung mit der mittel- bis langfristigen Entwicklung des Schwarzwald-Baar-Kreises beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurde die unzureichende Außendarstellung des Landkreises mit seinen positiven Standortfaktoren bemängelt. Deshalb sind im Haushaltsentwurf 50.000 € für ein verstärktes Marketing und 20.000 € für verschiedene Projektarbeiten vorgesehen. Darüber hinaus ist die bereits 2007 ins Leben gerufene Stabstelle Wirtschaftsförderung und Tourismus seit dem Haushaltsjahr 2008 erstmals separat in den Unterabschnitten 7900 und 7910 ausgewiesen. Der Personal- und Sachaufwand verteilt sich gleichermaßen auf diese beiden Unterabschnitte.

Fremdenverkehr, Unterabschnitt 7900, S. 436

Für das gemeinsam mit dem Landkreis Rottweil zu entwickelnde Radtourismuskonzept sind 30.000 € eingestellt. Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie und Finanzierungsanalyse werden in 2008 Mittel für die eigentliche Umsetzung (Erfassung von GPS-Daten, Kartografie, Beschilderung und Druck von Flyern) benötigt.

ÖPNV und Schülerbeförderung, Unterabschnitt 7920, S. 439 – 441

Der aus Kreismitteln zu finanzierende Nettoanteil im UA 7920 –Förderung des ÖPNV / Schülerbeförderung– steigt gegenüber dem Vorjahr um rd. 64.000 € oder 5 % auf 1.338.300 € an.

Beim Ringzug können wir nach den Unsicherheiten der Vorjahre nun auf einer wesentlich solideren Basis kalkulieren. Für 2008 gehen wir bei Einnahmen von 2.703.600 € und Ausgaben von 2.754.800 € von einem Defizit zu Lasten des Landkreises von -51.200 € aus. Dies sind rd. 78.000 € weniger als im Vorjahr. Im Bereich der Schülerbeförderung öffnet sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben auch in 2008 noch weiter (-125.000 € gegenüber 2007). Die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen, vor allem bedingt durch die allgemeinen Kostensteigerungen (hohe Treibstoffpreise) und wegen des Ausbaus des Nachmittagsunterrichts an den weiterführenden Schulen (z. B. G8). Die Ausgaben für den Tarifverbund gehen gegenüber dem Ansatz des Vorjahres um 34.000 € oder 1,6 % leicht zurück auf 2.145.000 €. Die Ergebniszahlen aus 2006 und die bisherige Entwicklung in diesem Jahr haben gezeigt, dass der Ansatz für 2007 zu pessimistisch war. Dies wird jedoch wieder kompensiert durch die gleichzeitige Kürzung der Landesförderung nach den neuen Förderrichtlinien um 31.000 €. Die Zuschüsse für den Nahverkehr (HHSt. 7920.7180) erhöhen sich um rd. 40.000 € auf 721.600 €. Im Wesentlichen handelt es sich um Mehrausgaben für den Hintervillinger Raum von 11.000 € (Anpassungen der Vergütungen und Fahrpläne, die uns im Bereich der Schülerbeförderung jedoch erhebliche Mittel einsparen), für Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinden von 10.000 € (zunehmende Zahl von Förderanträgen) sowie für ergänzende Buskonzepte von 10.000 € (Neugestaltung des Verkehrs im nördlichen Kreisgebiet).

Unterabschnitt 8270	**Verkehrslandeplatz** **Seite 442**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Gesamteinnahmen	**0**	**0**
Zuweisungen und Zuschüsse	15.400	15.400
Gesamtausgaben	**15.400**	**15.400**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 15.400**	**- 15.400**

Keine Veränderungen

Einzelplan 9	**Allgemeine Finanzwirtschaft** **Seite 448 bis Seite 451**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Steuern, Allgemeine Zuweisungen	102.289.000	92.682.000
Sonstige Finanzeinnahmen	9.398.400	6.537.100
Gesamteinnahmen	**111.687.400**	**99.219.100**
Sonstige Finanzausgaben	26.335.100	20.057.000
Gesamtausgaben	**26.335.100**	**20.057.000**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**85.352.300**	**79.162.100**

Schlüsselzuweisungen, HHSt. 9000.0411

Über diese Zuweisungen aus dem Finanzausgleich partizipieren die Landkreise an den Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Dabei wird nach vorgegebenen Kriterien ein Finanzbedarf je Landkreis ermittelt. Diesem Bedarf wird die jeweilige Steuerkraft gegenübergestellt. Die Steuerkraft berechnet sich aus den Grunderwerbsteuereinnahmen und den Einnahmen aus der Kreisumlage, wobei nicht der Hebesatz des jeweiligen Landkreises, sondern der Durchschnittssatz der Landkreise in Baden-Württemberg zugrunde gelegt wird.

Bei den Schlüsselzuweisungen haben wir uns am Haushaltserlass 2008 vom 05.07.2007 orientiert und der Berechnung einen Kopfbetrag von 480 € je Einwohner sowie eine Ausschüttungsquote von 72 % zugrunde gelegt. Dementsprechend wurde ein Zuweisungsbetrag von 18.745.000 € veranschlagt. Auf der Basis der November-Steuerschätzung hat uns das Finanzministerium nach Erstellung des Haushaltsentwurfs mitgeteilt, dass der Kopfbetrag bei einer Ausschüttungsquote von 71,5 % voraussichtlich 489 € (bisher 480 €) betragen wird. Das ergibt gegenüber dem Ansatz im Haushaltsentwurf Mehreinnahmen von rd. 1,2 Mio. €. Damit können die Schlüsselzuweisungen für 2008 mit 19,97 Mio. € um insgesamt 4,15 Mio. € höher als im Vorjahr veranschlagt werden. Die Ursache hierfür liegt in den relativ stark gestiegenen Gemeinschaftssteuern (+ 13,98 % bis Oktober 2007). Auch die Kreisgemeinden dürfen sich über entsprechende Mehreinnahmen freuen.

In den bisherigen Ausschussberatungen hat die Verwaltung bereits über die Verbesserung berichtet.

Änderung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Die Verwaltung schlägt vor, den Ansatz bei 9000.0411 von 18.745.000 € auf 19.973.000 € zu erhöhen.

Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611
Im Haushalt 2007 wurden die Einnahmen auf 5,4 Mio. € veranschlagt. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2007 liegen die Steuereinnahmen bei 5,2 Mio. €. Das Ergebnis zum Jahresende wird etwa 5,8 Mio. € betragen. Der Ansatz von 5,4 Mio. € würde damit um 400.000 € überschritten. Die Verwaltung hat den neuen Ansatz im Haushaltsplan 2008 vorsichtig bei 5,6 Mio. € angesiedelt.

Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG für die 1995 eingegliederten unteren Sonderbehörden, HHSt. 9000.0613
Seit 2005 werden diese Zuweisungen wie auch die Zuweisungen für die Verwaltungsreform im Unterabschnitt 9000 veranschlagt. Die Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG werden anhand der Entwicklung der Steuerkraftsummen fortgeschrieben. Sie betragen 2,15 % aus 95 Mio. € und ergeben damit für unseren Landkreis 2,04 Mio. €. Aufgrund der höheren Steuerkraftsummen sind die Zuweisungen gegenüber dem Vorjahr um 257.000 € gestiegen.

Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG für die Verwaltungsreform, HHSt. 9000.0614
Das Land erstattet den Landkreisen pauschal die Kosten der Verwaltungsreform. Nach § 11 Abs. 5 erhält unser Landkreis 2,465 % aus 300 Mio. €. Der sich daraus ergebende Betrag von 7,495 Mio. € berücksichtigt eine Dynamisierung von 2,9 % und einen Abschlag von 3 % (Effizienzrendite). Einen Teil dieser Zuweisung in Höhe von 175.000 € haben wir als Deckungsmittel für die Finanzierung notwendiger Fahrzeuganschaffungen für die Straßenunterhaltung im Vermögenshaushalt bei HHSt. 6510.3610 veranschlagt. Der Differenzbetrag von 7,22 Mio. € ist bei HHSt. 9000.0614 ausgewiesen.

Kreisumlage, HHSt. 9000.0720
Basis für die Berechnung der Kreisumlage im Jahr 2008 sind bekanntlich die Steuerkraftsummen der Gemeinden des Jahres 2006. Die Summe der gemeindlichen Steu-

erkraft ist in unserem Landkreis um 13,83 % auf 193.892.000 € gestiegen (im Vorjahr betrug die Steigerung 7,2 %). Damit liegt der Schwarzwald-Baar-Kreis an der Spitze im Regierungsbezirk Freiburg und leicht über dem Landesdurchschnitt von 13,29 %. Auch die steuerschwächeren Gemeinden partizipieren an dieser Entwicklung über den kommunalen Finanzausgleich.

Diese erfreuliche Entwicklung ermöglichte eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes im Entwurf 2008 um 1,00 Punkte auf 33,80 %. Für das laufende Haushaltsjahr 2007 wurde der Kreisumlagehebesatz vom Kreistag auf 34,80 % festgesetzt. Der Landesdurchschnitt lag für 2007 bei 35,72 %. Der Schwarzwald-Baar-Kreis lag damit mit seinem Kreisumlagehebesatz in 2007 nach wie vor unter dem Landesdurchschnitt. Die möglichen Auswirkungen der Schlüsselzuweisungen und der von den Ausschüssen beschlossenen Änderungen sind bei den Erläuterungen zur Zuführung an den Vermögenshaushalt (Seite 12) und zu den Kreditaufnahmen (Seite 15 und 16) beschrieben.

Zuweisung eines Teils des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes, HHSt. 9000.0920

Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Die Zuweisung wird nach dem jeweiligen Anteil der Landkreise an den Aufwendungen für den besonderen Mietzuschuss nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes auf diese verteilt. Der Ansatz orientiert sich an der Vorschussleistung für das Jahr 2007 und wurde mit 720.000 € veranschlagt.

FAG-Umlage, HHSt. 9000.8310

Der Umlagesatz für die Finanzausgleichsumlage beträgt 22,10 % der Summe aus Schlüsselzuweisungen und Grunderwerbsteuer im zweitvorangegangenen Jahr. Die an das Land zu bezahlende Umlage liegt 2008 mit 3,79 Mio. € um 856.000 € über dem Vorjahresansatz. Der Anstieg ist durch höhere Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen und der Grunderwerbsteuer in 2006 verursacht.

LWV- und KVJS-Umlage, HHSt. 9000.8321 bis 9000.8322

Die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband Baden in Abwicklung, die bis einschließlich 2007 der Abdeckung von Fehlbeträgen früherer Jahre diente und sich zuletzt auf knapp 940.000 € belief, fällt in 2008 weg.

Für die Erfüllung eines kleineren Teils der Aufgaben der bisherigen Landeswohlfahrtsverbände wurde der Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg gegründet. Angesicht der jüngsten Haushaltsentwicklung und der gestiegenen Steuerkraftsummen hat der KVJS für 2008 eine Umlagesenkung von knapp 16 % angekündigt. Zum Ausgleich des KVJS-Finanzbedarfs muss der Landkreis deshalb noch eine Umlage von 717.000 € veranschlagen, das sind 136.000 € weniger als der Vorjahresansatz.

Kalkulatorische Kosten, HHSt. 9100.2710, 9100.2750 und 9100.6870

Im Vorgriff auf das neue Gemeindewirtschaftsrecht werden die Schulgebäude des Landkreises ab dem Haushaltsjahr 2008 erstmalig abgeschrieben und das Anlagekapital verzinst. Mit den Abschreibungen soll der Ressourcenverbrauch beim unbeweglichen Vermögen der Schulen dargestellt werden. Die kalkulatorischen Zinsen spiegeln den Zinsaufwand für das eingesetzte Kapital (Anlagekapital) wider. Es ist der Ersatz für die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen und für die (entgangenen) Eigenkapitalzinsen. Die im Rahmen der Schulbauförderung gewährten Zuweisungen und Zuschüsse werden entsprechend der Abschreibungen aufgelöst.

Die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen werden den Schulen zunächst im Einzelplan 2 belastet und entsprechend im Unterabschnitt 9100 gegen gebucht. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen von 2,41 Mio. € stellen daher keine reale Verbesserung dar.

Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt, HHSt. 9100.8600

Die Zuführung ist im Haushaltsentwurf mit 14.798.000 € veranschlagt. Die Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung in Höhe von 2.739.900 € ist damit deutlich überschritten. Die Zuführung ist in dieser Höhe jedoch erforderlich, um die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ohne Neuverschuldung zu finanzieren. Die Nettoinvestitionsrate beträgt rd. 12,06 Mio. € (Vorjahr 3,61 Mio. €).

Durch die in dieser Vorlage vorgeschlagene Änderung gegenüber dem Haushaltsentwurf bei den Schlüsselzuweisungen sowie durch die empfehlenden Beschlüsse des Ausschusses für Bildung und Soziales würde sich die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt um 1.333.000 € erhöhen.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0	**Allgemeine Verwaltung** **Seite 454 bis Seite 472**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Gesamteinnahmen	**2.100**	**1.900**
Gesamtausgaben	**765.800**	**3.256.600**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 763.700**	**- 3.254.700**

Allgemeine Bemerkung zum Erwerb von beweglichen Sachen im Vermögenshaushalt

In den folgenden Abschnitten und Unterabschnitten sind hauptsächlich Neu- und Ersatzbeschaffungen für die Informations- und Kommunikationstechnik im Landratsamt veranschlagt.

Besondere Anschaffungen von beweglichen Sachen des Anlagevermögens in der Gruppierung 9350 sind in dieser Vorlage beim jeweiligen Abschnitt oder Unterabschnitt erläutert. Soweit es sich um übliche Neu- oder Ersatzbeschaffungen handelt, verweisen wir auf die Erläuterungen auf den entsprechenden Haushaltsseiten.

HHSt. 0200.9350, S 456

Beim Hauptamt ist die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems vorgesehen, mit dessen Hilfe die Ablagestruktur innerhalb des Landratsamtes neu strukturiert bzw. optimiert werden soll. Im Haushaltsentwurf sind deshalb 125.000 € eingeplant. Die hierzu notwendige Hardware, die zusätzlich mit 25.000 € zu Buche schlägt, ist bei HHSt. 0660.9350 veranschlagt.

HHSt. 0610.9350, S. 463

Im Haushalt 2007 war für die Erneuerung der Steuerungstechnik ein Teilbetrag von 50.000 € veranschlagt. Dieser Ansatz wird vollständig für die Notstromversorgung des Verwaltungsgebäudes Am Hoptbühl 2 benötigt. Deshalb ist im Haushalt 2008 ein erneuter Ansatz für die grundlegende Erneuerung Steuerungstechnik des Landratsamtsgebäudes mit 220.000 € eingeplant. Ein entsprechendes Konzept wird derzeit in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro erarbeitet.

IuK-Anschaffungen, HHSt. 0660.9350, S. 468

Im Unterabschnitt 0660 sind die Anschaffungen veranschlagt, die für die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit der IuK-Technik im Landratsamt erforderlich sind. Dabei wurde nur der notwendigste Bedarf veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Ansatz um 95.000 € auf 350.000 € erhöht. Davon entfallen 170.000 € auf Maßnahmen, die der Erhöhung der Datensicherheit dienen.

Was unter den technischen Begriffen der Einzelmaßnahmen zu verstehen ist, kann bei Bedarf in der Sitzung erläutert werden.

Abschnitt 11 (ohne UA 1130)	**Öffentliche Ordnung** **Seite 473 bis Seite 476**	
	2008 **€**	**2007** **€**
Gesamteinnahmen	**0**	**0**
Gesamtausgaben	**71.500**	**173.900**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 71.500**	**- 173.900**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat am 15.10.2007 einen Investitionskostenzuschuss zum Erwerb einer mobilen Jugendverkehrsschule beschlossen (DS-Nr. 100/2007). Beim Unterabschnitt 1110 sind hierfür 30.000 € veranschlagt.

Beim Unterabschnitt 1105 ist die Anschaffung einer Funkkamera für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung mit 29.000 € eingeplant. Mit dieser Kamera ist es möglich, die Geschwindigkeitsmessung in zwei Richtungen durchzuführen.

Außerdem können erstmals Motorräder gemessen werden. Die Gesamtkosten dieser Anschaffung belasten den Kreishaushalt nach den Berechnungen der Verwaltung nicht. Sie werden durch Einnahmen aus Verwarnungen und Bußgeldern gedeckt.

Abschnitt 79	**Fremdenverkehr, Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr Seite 531 und Seite 532**	
	2008 €	**2007 €**
Gesamteinnahmen	**0**	**0**
Gesamtausgaben	**1.600**	**800**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**- 1.600**	**- 800**

EDV-Ersatzbeschaffungen

Einzelplan 9	**Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft Seite 535 bis Seite 537**	
	2008 €	**2007 €**
Gesamteinnahmen	**24.107.000**	**19.072.300**
Gesamtausgaben	**10.066.900**	**10.017.900**
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**14.040.100**	**9.054.400**

Kreditaufnahmen und Nettoinvestitionsrate

Zur Finanzierung der Investitionen sind im Haushaltsentwurf **Kreditaufnahmen** von 1,98 Mio. € vorgesehen. Die ordentliche Tilgung incl. Tilgung Innerer Darlehen ist mit rd. 2,74 Mio. € veranschlagt. Damit würde der Schuldenstand im Jahr 2008 um knapp 760.000 € abnehmen. Zum Ende des Haushaltsjahres 2008 läge die Verschuldung des Landkreises bei 47,95 Mio. €. Von diesem Schuldenstand entfallen 21,22 Mio. € auf so genannte „rentable“ Schulden, die die Kreisfinanzen in dieser Höhe nicht belasten (vgl. auch Seite 26 bis 28 im Vorbericht zum Haushaltsplan).

Die vorgeschlagene Änderung bei den Schlüsselzuweisungen sowie die empfehlenden Beschlüsse des Ausschusses für Bildung und Soziales führen zu einer um

1.333.000 € höheren **Zuführungsrate** vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Zusammen mit den sich im Vermögenshaushalt bislang ergebenden Verbesserungen von 1.344.000 € könnte in 2008 auf eine Kreditaufnahme vollständig verzichtet und darüber hinaus eine Sondertilgung von 695.000 € geleistet werden. Insgesamt würde die Verschuldung dadurch um 3,4 Mio. € abgebaut werden und sich zum Jahresende „nur“ noch bei 45,28 Mio. € bewegen.

Ein völliger Verzicht auf die Veranschlagung von Kreditaufnahmen erscheint selbst dann erreichbar, wenn der Kreisumlagehebesatz um 1,5 Punkte auf 33,30 % gesenkt wird. In diesem Fall hätten wir einen Schuldenabbau von 2,7 Mio. € anstelle der im Entwurf veranschlagten 760.000 €.

Ergebnisse der Ausschussberatungen

Ausschuss für Bildung und Soziales

Der Ausschuss für Bildung und Soziales hat in seiner Sitzung am 19.11.2007 einstimmig die Empfehlung an den Kreistag beschlossen, den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teilen des Haushaltsentwurfs mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

1. Bei der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen wird der auf HHSt. 2400.5010 ausgewiesene Ansatz für die Gebäudeunterhaltung um 20.000 € auf 195.000 € erhöht.
2. Wegen der notwendigen Auslagerung der Kfz-Werkstätten an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen werden
   a) auf HHSt. 2400.6580 Umzugskosten von 30.000 € und
   b) auf HHSt. 2400.5300 Mietkosten von 80.000 € zusätzlich veranschlagt.
3. Der auf HHSt. 3120.7180 veranschlagte Zuschuss an die Fernuniversität in Höhe von 15.000 € wird gestrichen.
4. Der Ansatz für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft bei HHSt. 4820.1910 wird um 220.000 € auf 5.110.000 € erhöht.
5. Der auf HHSt. 2400.9420 veranschlagte Umbau des Werkstattgebäudes und die Erweiterung der Kfz-Werkstätten an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen

wird um 1.300.000 € auf 2.200.000 € gekürzt. Gleichzeitig wird eine Verpflichtungsermächtigung von 1.300.000 € ausgewiesen.

6. Bei den Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen Donaueschingen wird auf den Ausbau der Zufahrt zur Cafeteria verzichtet. Der Ansatz bei HHSt. 2412.9420 wird deshalb um 100.000 € auf 200.000 € reduziert.
7. Bei Internat der Landesberufsschule wird der Ansatz für die Umbaukosten von Haus 3 um 56.000 € auf 2.356.000 € erhöht.

Die dargestellten Veränderungen führen im Verwaltungshaushalt zu einer Verbesserung von 105.000 €, im Vermögenshaushalt von 1.344.000 €.

Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss hat den Haushaltsentwurf in seiner Sitzung am 22.11.2007 vorberaten. Über das Ergebnis der Beratungen wird dem Ausschuss in der Sitzung mündlich oder durch eine Tischvorlage berichtet.

Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit

Die Haushaltsvorberatung durch den Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit findet erst nach dem Druck dieser Vorlage am 26.11.2007 statt. Über das Ergebnis der Beratungen wird dem Ausschuss in der Sitzung mündlich oder durch eine Tischvorlage berichtet.

Budgetplan 2008

Der Budgetplan ist auf den Seiten 109 bis 175 abgedruckt. Die Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke finden sich auf den Seiten 114 bis 117.

Kommunale Finanzplanung

Die Kommunale Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2011 ist auf den Seiten 595 bis 622 des Haushaltsentwurfs abgedruckt und im Vorbericht auf den Seiten 67 bis 70 erläutert.

Stellenplan

Der Stellenplan des Jahres 2008 ist auf den Seiten 623 bis 633 des Haushaltsentwurfs abgedruckt. Eine Übersicht über die neuen und einzusparenden Stellen ist auf Seite 634 dargestellt.

Beschlussvorschlag an den Kreistag:

1. Den in der Vorlage aufgeführten Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten sowie der Kommunalen Finanzplanung und dem Stellenplan wird einschließlich der nachträglich vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt.

2. Die Haushaltssatzung 2008 wird auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

3. Der Budgetplan wird zur Kenntnis genommen.

4. Die im Budgetplan enthaltenen Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke werden beschlossen.